



## **Resolution der Tarifkommission Metall- und Elektroindustrie Niedersachsen vom 20. Februar 2020**

Am 24. Januar 2020 hat die IG Metall den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie ein „Moratorium“ für einen fairen Wandel vorgeschlagen.

Hiermit sollen sich die Arbeitgeber bereit erklären, keine einseitigen Maßnahmen zu Personalabbau, Ausgliederung und Verlagerung von Produkten oder Schließung von Standorten zu ergreifen.

Im Gegenzug hat die IG Metall ihre Bereitschaft bekundet, in allen Regionen unmittelbar in Tarifverhandlungen für ein „Zukunftspaket“ einzusteigen. Ziel ist es, vor Ende der Friedenspflicht zu Ergebnissen für dieses Zukunftspaket und für Entgelterhöhungen zu kommen.

Die Arbeitgeber haben zwischenzeitlich ihre Bereitschaft zu vorgezogenen Verhandlungen erklärt.


In einem Sondierungsgespräch haben die Arbeitgeber erklärt auf ihre Mitgliedsfirmen einzuwirken, während der Zeit des Moratoriums auf einseitige Ankündigung von Personalabbaumaßnahmen, Produktverlagerungen und Standortschließungen zu verzichten.

Auf dieser Basis sollen zeitnah vorgezogene Verhandlungen beginnen.

In den Tarifkommissionen im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wurde für die Tarifbewegung 2020 ein Verteilungsvolumen im Rahmen von 4 % bis 5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten diskutiert.

In den Tarifkommissionen im Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt wurde deutlich, dass die Mehrzahl der vom Strukturwandel betroffenen Betriebe bisher keine tragfähige Strategie für die Zukunft in der Transformation hat. Deshalb ist neben Regelungen zur Beschäftigungssicherung und Qualifizierung eine Einlassungspflicht für Zukunftstarifverträge notwendig.

### **Verhandlungsziele für die Tarifrunde 2020:**

-  Eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen zur Sicherung der Realeinkommen und Stärkung der Kaufkraft.

- ⚠ Einlassungspflicht der Arbeitgeber für betriebliche Zukunftstarifverträge über: Investitionen, Qualifizierung, Standort- und Beschäftigungssicherung auf Verlangen der IG Metall
- ⚠ Bei Unterauslastung soll vorrangig eine Reduzierung des Arbeitsvolumens ohne Entgeltabsenkung erfolgen.
- ⚠ Alle Beschäftigten sollen Anspruch auf eine geförderte, berufliche Qualifizierung im Rahmen des Qualifizierungschancengesetzes erhalten.
- ⚠ Die Quoten für Altersteilzeit und andere Modelle des fließenden Übergangs sollen entsprechend der demografischen Entwicklung erhöht werden.
- ⚠ Ein Nachhaltigkeits-Bonus für IG Metall Mitglieder als tarifdynamischer Festbetrag soll vereinbart werden.
- ⚠ Tarifliche Regelungen für dual Studierende (Studierende im Praxisverbund).
- ⚠ Verbesserung der betrieblichen Altersvorsorge, insbesondere Klarstellung der Zuschusspflicht der eingesparten Arbeitgeberbeiträge bei Entgeltumwandlung.

Sollten bis Anfang April 2020 keine belastbaren Ergebnisse erzielt werden, wird die Tarifkommission eine Entgeltforderung beschließen. Darüber hinaus werden wir weiterhin Lösungen zu den oben genannten Zielen anstreben.

Die Tarifkommission unterstützt ausdrücklich das Ziel der IG Metall die tariflichen Arbeitsbedingungen in Ostdeutschland an die Metall- und Elektroindustrie in Westdeutschland anzupassen.

Es gilt jetzt, die Beschäftigten in den Betrieben für die Ziele und Inhalte dieser Tarifrunde zu gewinnen und zu aktivieren. Insbesondere soll dies in allen Betrieben über Beschäftigtenvoten sichtbar gemacht werden.

Hannover, den 20. Februar 2020